

## Mündliche Anfragen

zur 40. Fragestunde

in der 150. Plenarsitzung vom 18. Februar 2016

1. Anfrage des Abg.  
Thomas Blenke CDU

Eingang: 28. 01. 2016

### Nachtstandorte für Rettungshubschrauber

- a) In wie vielen Fällen wurden im vergangenen Jahr Rettungshubschrauber aus anderen Bundesländern und anderen Ländern zu einem Einsatz nach Baden-Württemberg gerufen, weil es in Baden-Württemberg keinen Nachtstandort für Rettungshubschrauber gibt?
- b) Welche Maßnahmen müssten getroffen werden, um eine ausreichende Anzahl von Nachtstandorten für Rettungshubschrauber in Baden-Württemberg einzurichten?

2. Anfrage der Abg.  
Nicole Razavi CDU

Eingang: 02. 02. 2016

### Fahrverbote in der Stadt Stuttgart

- a) Welche inhaltliche Position vertritt die Landesregierung hinsichtlich der von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) eingereichten Klage gegen die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg, mit der die DUH u. a. ein Fahrverbot in der Stadt Stuttgart gerichtlich durchsetzen will?
- b) In welchem zeitlichen Rahmen will die Landesregierung sich für die Einführung einer sogenannten „blauen Plakette“ einsetzen und Fahrverbote verschiedener Ausprägungen in der Stadt Stuttgart umsetzen?

3. Anfrage des Abg.  
Klaus Burger CDU

Eingang: 03. 02. 2016

### Wie kommt die Auszahlung der Fördermittel für die landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg voran?

- a) Wie ist aktuell der Erledigungsstand bei der zur Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg dringend benötigten Auszahlung im Rahmen der Förderverfahren für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg?
- b) Welche rechtlichen oder tatsächlichen Hindernisse stehen bislang noch nicht erfolgten Auszahlungen entgegen?

4. Anfrage des Abg.  
Thomas Blenke CDU  
Eingang: 04. 02. 2016
- Zahl der ausgewiesenen Drittstaatsangehörigen nach § 53 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes**
- a) Wie viele der nach § 53 Absatz 1 in Verbindung mit § 54 des Aufenthaltsgesetzes ausreisepflichtigen Drittstaatsangehörigen sind im Jahr 2015 tatsächlich aus Baden-Württemberg ausgereist (freiwillig oder zwangsweise)?
- b) Welche konkreten Hindernisse einer zwangsweisen Rückführung der unter Buchstabe a genannten Personengruppe gab es?
5. Anfrage des Abg.  
Thaddäus Kunzmann CDU  
Eingang: 08. 02. 2016
- Länge der Bahnsteige auf der Neckar-Alb-Bahn**
- a) Welche Länge haben nach Kenntnis der Landesregierung die jeweiligen Bahnsteige entlang der Neckar-Alb-Bahn zwischen Tübingen und Stuttgart heute, an denen ab 2019 der Metropoli-Express (ME) halten wird?
- b) Auf welche Länge wird der Bahnsteig am Bahnhof Bempflingen nach Kenntnis der Landesregierung ausgebaut?
6. Anfrage des Abg.  
Thaddäus Kunzmann CDU  
Eingang: 08. 02. 2016
- Wagenmaterial auf der Neckar-Alb-Bahn**
- a) Welches Wagenmaterial (Typ und Hersteller) wird nach Kenntnis der Landesregierung in der Übergangszeit nach Auslaufen des Großen Verkehrsvertrags durch die Bahn auf der Neckar-Alb-Bahn zwischen Tübingen und Stuttgart eingesetzt?
- b) Wie hoch ist nach Kenntnis der Landesregierung die Sitz- und Stehplatzkapazität für jeden Zugtyp?
7. Anfrage des Abg.  
Niko Reith FDP/DVP  
Eingang: 10. 02. 2016
- Freigabe nördliches Konversionsgelände Donaueschingen**
- a) Wie steht die Landesregierung zu den Plänen der Stadt Donaueschingen, im Norden des Konversionsgeländes der ehemaligen französischen Kaserne Wohnraum zu schaffen?
- b) Wird die Landesregierung einem Verkauf der nördlichen Konversionsfläche durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an die Stadt Donaueschingen zur Übergabe am 1. Juli 2016 zustimmen?
8. Anfrage des Abg.  
Ulrich Müller CDU  
Eingang: 10. 02. 2016
- Das Betreuungsgeld als Baustein familienorientierter Politik**
- a) Wie bewertet die Landesregierung den Tatbestand, dass das Betreuungsgeld in Baden-Württemberg von einem großen Teil der Eltern (110 261 im 3. Quartal 2015) in Anspruch genommen worden ist, obwohl das Betreuungsgeld in der medialen und politischen Diskussion (auch seitens der Landesregierung) überaus kritisch gesehen worden ist?
- b) Welche Gründe hindern die Landesregierung, die erfreulicherweise vom Bund (mangels dessen Zuständigkeit) an die Länder übertragenen Mittel dafür zu verwenden, ein entsprechendes familien- und sozialpolitisch orientiertes Angebot des Landes für die Mehrheit der Eltern ersatzweise zu konzipieren, welches das 2012 gestrichene Landeserziehungsgeld wenigstens mit Bundesmitteln kompensiert?

9. Anfrage der Abg.  
Rita Haller-Haid SPD

Eingang: 10. 02. 2016

**Verbleib des Natursteinparks Rongen im Schindhau in Tübingen**

- a) Wie beurteilt die Landesregierung die ökologischen Auswirkungen einer Betriebsverlagerung des Natursteinparks Rongen, bei der ca. 40 000 t Natursteine von einem in einem Wald gelegenen ehemaligen Munitionslager zu einer vormals zum Biolandanbau genutzten Ackerfläche verlegt werden?
- b) Ob und unter welchen Voraussetzungen kann von den Bestimmungen des Landeswaldgesetzes abgewichen werden, um auf dem Gelände des Natursteinparks ein Sonderbaugebiet auszuweisen?

10. Anfrage des Abg.  
Peter Hauk CDU

Eingang: 15. 02. 2016

**Vertuschung von Ermittlungen beim Polizeipräsidium Heilbronn?**

- a) Seit wann und mit welchen Ergebnissen ermittelt das Polizeipräsidium Heilbronn wegen eines versuchten Sexualdelikts im Bereich Mudau, Neckar-Odenwald-Kreis, am Fastnachtsdienstag?
- b) Warum bzw. auf wessen Veranlassung hin fand dieser Übergriff keinen Niederschlag im Polizeibericht, sondern kam erst durch Nachfrage der Presse ans Tageslicht?